

0,50; Stroß
bis wirkte
16schwäun-
en Wochen-
5 J; Weich-
Tomaten 15;
Spinat 25;
15; Sellerie
-12; Endi-
je das St.;
35-40; He-
90 A; Eier

im Städt.
e zugeführt.
m. Es wur-
tauscht. Die
1800 und
1500 Mark,
für ältere

-800, Stiere
230-400 A.
iere 180 bis

Befugheim:
heim: Bäun-
end: Milch-
eine 20-30,
eine 20-32,
eine 28-40
er 42 Mark.
arf. - Deft-
ell: Milch-
2-34 Mark.

den Wiesen und
schäftlichen Ber-
Calw
25. Sept.
stunde
anmelden.
ergasse 6.
meister
str. 42 I.

Liebe und
ich unserer

NDEN
S-Feier
allen innig-
ank.
a Bitzer
Frau.

ädchen
gs in kinder-
it gesucht.
elweg 11 I.

gesuch.

ochen
guter Familie.
der Geschäfts-

lungen
uf
nischen
denfast
ur
breitung
wir in un-
erteilungs-
n. Zube-
vorschritt
häftlich.

mberein

Ercheinungswaffe:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage
Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag
Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden
Gerichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöhnlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 217

Mittwoch, den 17. September 1930

Jahrgang 103

Fortführung des Reformprogramms

Die Reichsregierung setzt ihre Arbeit fort — Vorläufig keine Koalitionsverhandlungen

U. Berlin, 17. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning trat gestern das Reichskabinett in einen Meinungsaustausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Aussicht genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorträge zu geleitet werden können.

Reichsinnenminister Dr. Brüning über die politische Lage nach den Wahlen.

Reichsinnenminister Brüning sprach gestern im Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen. Der deutsche Radikalismus habe eine Schlacht gewonnen, aber die Regierung behaupte das Schlachtfeld: sie regiere, sie bleibe im Amte, sie fahre fort, die Probleme der Finanzen, des Wirtschaftslebens, des sozialen Lebens weiter nach sachlichen Gesichtspunkten vom Staatsinteresse her zu vertreten. Wir sehen, so betonte der Minister, den radikalen Strömungen in unserem Volke ein klares, sachliches Wirtschafts- und Finanzprogramm entgegen. Gegen einen Block der reinen Negation, gegen Nationalsozialisten, Kommunisten und gegen Hugenberg könnten verfassungsändernde Gesetze durch ein Ermächtigungsgesetz nicht verabschiedet werden. Eine überlegene Staatsführung werde jedoch auch die radikalen Wogen zu meistern verstehen. Man müsse bedenken: was das deutsche Volk in einer 12 Jahre langen harten Schule des Leidens, des Opferbringens geleistet habe, das lasse sich auf die Dauer von keinem Volke ertragen. Wer draußen in der Welt nicht sehe, daß die Grenze für das deutsche Volk gekommen ist, der möge sich einmal prüfen, ob er selbst einmal jung gewesen ist. Die deutsche Jugend wolle eine Hoffnung haben. Deshalb müßten die Staatsmänner aller Nationen sich innerlich ein-

mal überlegen, ob nicht die Zeit gekommen sei, die Probleme des deutschen Volkes erneut einer Prüfung zuzuführen.

Hilfer über die Bedeutung des Wahlsieges.

In München sprach im Zirkusgebäude am Marktplatz der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, über die Bedeutung des Wahlsieges. Der Sinn dieses Sieges sei darin zu suchen, daß sich die Bewegung nunmehr einen Platz in der Öffentlichkeit erobert habe. Es sei geradezu lächerlich, in der Bildung einer neuen Regierung das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung zu sehen. Für die Nationalsozialisten sei das Parlament nicht das Ziel an sich, sondern nur ein Weg zum Ziel. Die Nationalsozialisten seien nicht Sieger-Partei auf Kredit, sondern Parlamentspartei aus Zwang, und dieser Zwang heiße Verfassung. Der Sieg vom 14. September sei nicht das Signal zum Ausruhen; es sei nur eine neue Waffe gewonnen worden. 107 Mann stehen nun auf dem realen Fechtboden. Die Nationalsozialisten werden auf diesem Boden jede Möglichkeit kühnsten Sinnes wahrnehmen, die sie ihrem Ziel näherbringen kann. Nicht um Parlamentsmandate kämpfen die Nationalsozialisten, sondern sie fordern Mandate, um das Volk bereinigt freizumachen zu können. Der Sieg habe nicht im geringsten das nat. soz. Ziel verändert.

Einberufung des Reichstages zum 18. Oktober.

In einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten Lohbe ist der Zusammentritt des Reichstags auf den 18. Oktober festgesetzt worden. — Wie der „Abend“ meldet, läßt sich ein Umbau des Sitzungssaales im Reichstag in dieser kurzen Zeit nicht ausführen. Der Reichstagspräsident wird in den nächsten Tagen mit den Parteiführern beraten, wie für die neuen Abgeordneten Platz geschaffen werden kann. Wahrscheinlich wird ihnen eine Tribüne des Reichstages zur Verfügung gestellt werden.

Curtius spricht vor dem Völkerbund

Die deutsche Stellungnahme zur Völkerbundspolitik

Genf, 17. Sept. In der Vollversammlung des Völkerbundes hat am Dienstag der deutsche Außenminister Dr. Curtius den Standpunkt der deutschen Reichsregierung in der Abrüstungsfrage, in der Minderheitenfrage und zum Panuropa-Plan des französischen Außenministers, sowie zu den verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart dargelegt. Nachdem Dr. Curtius zuerst allen Rednern für die herzlichen Worte gedankt hatte, die dem Anreden Dr. Stresemann gewidmet waren, betonte er, daß die internationale Entwicklung seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund manche Enttäuschung gebracht habe. Trotzdem werde aber die Reichsregierung an der Weiterentwicklung des Völkerbundes mitarbeiten. Doch müsse das Gefüge des Völkerbundes so gestaltet sein, daß eine friedliche Regelung auch in ernstlichen Fragen gesichert sei.

Zur Abrüstungsfrage erklärte Dr. Curtius, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand seien. Der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im nächsten Jahr sei eine Selbstverständlichkeit. Deutschland erwarte von der Konferenz eine fühlbare Verminderung der Rüstungen und weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Zeitabständen.

In der Minderheitenfrage ist der deutsche Standpunkt der gleiche wie im vorigen Jahre, wo der deutsche Vertreter seinen Standpunkt ausführlich dargelegt hat. Die Beantwortung der Ueberweisung der Minderheitenfrage an den Ausschuss solle Gelegenheit bieten, um zu den einzelnen Punkten des Minderheitenschutzes Stellung zu nehmen.

Zum Panuropa-Problem erklärte Dr. Curtius, daß dasselbe einem Studienausschuss überwiesen werden müsse, dem alle Staaten angehören, deren Beteiligung erforderlich sei.

Dr. Curtius ging dann auf die wirtschaftspolitischen Fragen ein und betonte, daß Deutschland von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen werde, da die gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet sei. Keine Regierung könne heute untätig zusehen, wenn die Getreidepreise im Lauf von 1 1/2 Jahren um 40-50 v. H. sanken. Man müsse jetzt nach besseren Wirtschaftsformen suchen. Dabei könne es sich nicht darum handeln, kleine Vorteile für kurze Zeit zu sichern, sondern es handle sich darum, einen längeren Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet gewesen sei. — Die Rede des deutschen Außenministers war im allgemeinen sehr vorsichtig und zurückhaltend.

Nachfolgend legte Senator Scialoja den Standpunkt der italienischen Regierung zu den verschiedenen in der Völkerbundversammlung behandelten politischen Fragen dar. In der Abrüstungsfrage stehe die italienische Regierung auf dem Boden der Erklärungen des englischen Außenministers Henderson. Scialoja verlangte dann eine Reform des Völkerbundssekretariats, der Italien besondere Bedeutung beilege. Im Völkerbundssekretariat müßten sämtliche Mächte gleichmäßig vertreten sein. Außenminister Zaleski entwickelte den bekannten polnischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Die Abrüstung müsse ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden, da beide unlosbar miteinander verbunden seien. In der Panuropafrage trete Polen der französischen Auffassung bei. Die Ansprache wurde mit einer bedeutsamen Erklärung des bulgarischen Außenministers Duroff abgeschlossen, die sehr deutlich die große Gefahr der heute ungenügenden Regelung des Minderheitenproblems unterstrich.

Die weitere Behandlung der Panuropa-Frage.

Der Präsident der Völkerbundversammlung verlas in der Dienstagsitzung einen Entschließungsentwurf, wonach die panuropäischen Pläne einem sofort einzusetzenden Sonderausschuss übertragen werden sollen, der sich aus den Regierungsvertretern sämtlicher 27 europäischen Mächte zusammensetzt und der seine Arbeiten nach dem Abschluß der Völkerbundversammlung aufnehmen wird. Der Entwurf geht auf einen gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag zurück, der auch die Zustimmung der deutschen Abordnung gefunden hat.

Geschlossene Front gegen Deutschland

Ansprachen von Curtius, Henderson und Briand.

Das alljährliche Frühstück, das die internationale Presse während der Vollversammlung den in Genf anwesenden leitenden Staatsmännern zu geben pflegt, fand gestern mittag statt. Nach den üblichen Begrüßungsreden ergriff Dr. Curtius in deutscher Sprache das Wort. Er wies darauf hin, daß die Völkerbundsverhandlungen zwischen zwei Polen verließen; auf der einen Seite stehe die nationale Verantwortung der Staatsmänner, die unter keinen Umständen preisgegeben werden dürfe, auf der anderen Seite die Verantwortung für das internationale Leben, dem sich kein Staat entziehen könne. Die Aufgabe von Genf sei es, diese beiden Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Außenminister Henderson unterstrich die Solidarität der englischen und der französischen Regierung in den

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Reformarbeiten fortzusetzen und vor dem 18. Oktober keine Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Die Reichsregierung wird dem neuen Reichstag bestimmte Vorträge zuweisen, die das Regierungsprogramm fortsetzen sollen.

Im Völkerbund sprach gestern Reichsaußenminister Dr. Curtius über Deutschlands Stellung zur Abrüstung, zur Minderheitenfrage und zu Panuropa.

In einer Rede vor den Völkerbundsjournalisten hat Briand wieder einmal aufgezeigt, daß die alte Einheits- und Ausbeutungsfrau Paris-London-Rom gegen Deutschland immer noch besteht.

Die Panuropafrage wird zur weiteren Behandlung einem Sonderausschuss des Völkerbundes überwiesen werden.

Reichspräsident von Hindenburg ist gestern bei Bad Nellingen eingetroffen, um an dem großen Herbstmanöver der Reichswehr teilzunehmen.

großen internationalen Fragen. Er trat mit auffallend starker Betonung dem Gerücht entgegen, als ob zwischen dem Standpunkt beider Regierungen in irgend einer Frage grundlegende Gegensätze bestünden. Es handle sich nur um Gegensätze der Methode. Das Ziel, dem beide zustrebten, sei das gleiche.

Anschließend trat Außenminister Briand in einer Rede für den Kampf zur Erhaltung des Friedens ein. Er betonte, daß er mit Henderson, wenn auch auf verschiedenen Wegen, das gleiche Ziel verfolge. Gewisse Meinungsverschiedenheiten führten nicht zu Gegensätzen, sondern nur zu einer engeren Zusammenarbeit. Niemand hätte ernste Gegensätze zwischen der französischen und der englischen Auffassung bestanden. Frankreich und England kämpften Schulter an Schulter für die Sicherung des europäischen Friedens und würden in Kürze auch Italien neben sich sehen. (Ziel die Ausbeutung Deutschlands! D. Schriftl.) Briand widmete sodann dem Anreden Dr. Stresemanns warme Worte.

Zu der Rede Briands wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, Frankreich strebe die Wiederherstellung intimer Beziehungen zu England an und sei bereit, in der Seeabrüstungsfrage „Opfer“ zu bringen. Es suche gleichzeitig Italien zu gewinnen, das einer allgemeinen kolonialpolitischen Verständigung mit Frankreich geneigt sei und auf dem Gebiete der Abrüstungspolitik ein Tauschgeschäft angeboten habe, wobei England die Vermittlerrolle spielen werde.

Der Reichspräsident in Franken

U. Berlin, 17. Sept. Der Reichspräsident hat sich gestern zur Teilnahme an den Reichswehrmanövern in Franken nach Königshofen im Grabfeld begeben. Der Reichspräsident wird bis Freitag, den 19. September im Mandberggelände verweilen. In Schloß Sternberg wird der Reichspräsident während der Dauer des Manövers Wohnung nehmen.

Deutsche Arbeiter rußlandmüde

U. Romo, 17. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist es im Donezgebiet wiederholt zu Zusammenstößen zwischen deutschen und russischen Arbeitern gekommen. Obwohl ein Ausschuss des Bergarbeiterverbandes festgestellt hat, daß die Vorwürfe der russischen Arbeiter gegen die deutschen unbegründet sind, ist die Lage der deutschen Arbeiter im Donezbecken durch die dauernden Schwierigkeiten derart unhaltbar geworden, daß die deutschen Arbeiter die Sowjetunion verlassen wollen. In Moskauer Regierungskreisen ist man bemüht, zwischen den ausländischen und den russischen Arbeitern normale Verhältnisse herzustellen, um die ausländischen Arbeiter in den staatlichen Betrieben der Sowjetunion zu halten.

Proteststreik in Warschau

U. Berlin, 17. Sept. Der sozialdemokratische „Abend“ meldet aus Warschau: In Warschau begann am Dienstag ein allgemeiner Proteststreik. Er ist für einen Tag berechnet und soll den Protest der Arbeiterklasse gegen die Verhaftung der Dppositionsführer und gegen das Verhalten der Polizei ausdrücken. Die größeren und mittleren Fabriken liegen still. Die Straßenbahnen haben im Einvernehmen mit der Streckleitung beschlossen, weiterzuarbeiten. Sie veranlassen jedoch, ebenso wie alle anderen Staats- und Gemeindefunktionäre, kurze Protestversammlungen. Der Protest ist auf Warschau beschränkt.

